

lich freimütig. Der verbreitete Widerstand der Bevölkerung wurde aber als Ausdruck für die Größe der konterrevolutionären Gefahr dargestellt. Das eingestandene Ausmaß des Widerstandes wurde als Indiz dafür ausgegeben, daß buchstäblich fünf Minuten vor zwölf der Konterrevolution der Weg zur Macht verlegt wurde und daß ohne die „brüderliche Hilfe“ der Interventen der Sozialismus in der ČSSR beseitigt worden wäre. Unmittelbar nach der Intervention wurde den wichtigsten Prager Reformern offener Verrat an den Beschlüssen von Prefsburg vorgeworfen. Nach der Moskauer Konferenz vom 23. bis 26. August 1968, auf der die Führer der KPČ praktisch das Moskauer Diktat akzeptieren mußten, wurden die Prager Reformer nicht mehr als Verräter angeprangert.

Die Moskauer Führung und mit ihr vor allem die SED-Führung haben durch das Moskauer Diktat ihr Ziel erreicht. Der Prager Bazillus ist vorerst keine Gefahr mehr, wenngleich er noch nicht politisch-ideologisch, sondern nur administrativ-militärisch ausgeschaltet wurde. Bei der mitteldeutschen Bevölkerung hat die Intervention bei aller Sympathie für das tschechoslowakische Volk den Eindruck verstärkt, daß es keine Reformalternative zum Ulbricht-Regime geben kann. Zwar hat die Beteiligung der Nationalen Volksarmee der DDR in der westlichen Welt unliebsame Erinnerungen wachgerufen, wodurch zumindest vorerst Rückschläge bei der Durchsetzung der internationalen Anerkennung der DDR zu erwarten sind, doch machtpolitisch konnte die SED-Führung ihre Position unangefochten behaupten. Eine ernsthafte Verschlechterung der psychologischen Situation unter der Bevölkerung zuungunsten des Regimes ist in den kritischen Tagen nicht erkennbar geworden. Die SED-Propaganda ist gegenwärtig bestrebt, die DDR als ein Zentrum stabiler sozialistischer Ordnung erscheinen zu lassen. Stolz wird ein Ausspruch Walter Ulbrichts propagiert, daß die SED eine der stabilsten kommunistischen Parteien in der Welt ist.

## Kurzinformationen

Am 2. September 1968 empfing Paul VI. den zyprischen Staatspräsidenten und Erzbischof Makarios III. in Castel Gandolfo in Privataudienz. Daß dieser Besuch mehr als ein bloßer Höflichkeitsbesuch war, geht aus einer Erklärung des Erzbischofs vor seinem Abflug nach Athen hervor, wonach sein Zusammenreffen „im Rahmen eines enger gewordenen Kontaktes und einer Zusammenarbeit zwischen der katholischen und orthodoxen Kirche, wie sie von Paul VI. und Patriarch Athenagoras I. begonnen wurden“, zu sehen sei (Kathpress, 3. 9. 68). Der „Osservatore Romano“ (2./3. 9. 68) teilte über den Besuchsablauf hinaus zum Inhalt der Gespräche nichts mit. Wenn auch der politische Aspekt des Besuches nicht übersehen werden darf, so wird dieser im Vatikan doch auch als ein weiterer Schritt im ökumenischen Annäherungsbemühen gewertet. In Nikosia hofft man, der Besuch von Makarios werde dazu beitragen, die traditionell schlechten Beziehungen zwischen beiden Kirchen zu verbessern. Diese standen bisher stets im Schatten der 500jährigen Herrschaft der Kreuzfahrer und Venezianer (1071—1571) über Zypern, in der die Orthodoxen lateinischen Bischöfen unterstellt waren. Dennoch hat der Besuch bei den orthodoxen Griechen Zyperns keinen Widerspruch ausgelöst. Hat sich doch seit der Beteiligung der mit Rom unierten Maroniten am zyprischen Befreiungskampf und durch ihre loyale Haltung zur Regierung das Verhältnis von Orthodoxen und Katholiken auf Zypern zum Besseren gewandelt. Auch sehen die

## Chancen für Reformkommunismus minimal

Angesichts ihres Erfolges bei der ungestörten Durchsetzung der neuen Paß- und Visabestimmungen sowie den neuen Abgaberegungen im innerdeutschen Verkehr dürfte die DDR in Zukunft weiter den Hebel in Westberlin ansetzen, da dies angesichts der Insellage Westberlins, der Empfindlichkeit seiner Verbindungswege, der vielfältigen Verflechtungen der Westberliner Wirtschaft mit dem innerdeutschen Handel sowie des Fehlens originärer Rechte unzweifelhaft die schwächste Stelle ist. Da im Juni dieses Jahres weder die Bundesrepublik noch die dafür speziell zuständigen Westalliierten etwas Wirkungsvolles unternehmen konnten, ist die reale Möglichkeit vorhanden, daß die DDR — unterhalb der Schwelle eines mit Sicherheit zu erwartenden alliierten Engagements — ihr Aktionsterrain gegen Westberlin und den innerdeutschen Verkehr weiter maximal ausnutzen wird, zumal die Rechtslage hinsichtlich fixierter Abkommen für den deutschen Zivilverkehr recht ungünstig ist. Im Post-, Güter- und Personenverkehr hat die DDR ihren Aktionsspielraum bisher noch keineswegs voll ausgenutzt.

Die SED-Führung wird weiterhin danach trachten, die DDR vor allem wirtschaftlich und politisch zu stärken, Liberalisierungstendenzen abzuwehren und sehr sorgfältig die Entwicklung in der ČSSR zu verfolgen.

Innenpolitisch wird die SED bestrebt sein, die Zügel fest in der Hand zu behalten und nur in Randfragen der Bevölkerung Konzessionen zu machen. Da die SED auf politisch-ideologischem Gebiet mit der Abwehr von Aufweichungserscheinungen vordringlich beschäftigt und im übrigen nicht an einer Zunahme innerer Spannungen interessiert ist, dürfte sie auf kirchenpolitischem Gebiet vorerst keine neuen Initiativen und Maßnahmen einleiten, sondern sich diesbezüglich mit dem gegebenen Status quo zufrieden geben. Erleichterungen nennenswerter Art sind jedoch nicht zu erwarten.

zyprischen Orthodoxen den Besuch Makarios' III. beim Papst mehr unter der Rücksicht, die nicht sehr günstige öffentliche Meinung im Weltkatholizismus über das Doppelspiel des Kirchenfürsten und Staatspräsidenten im positiven Sinne zu beeinflussen. Ob freilich Makarios zwischen Athen und Rom vermitteln können, dürfte allerdings fraglich bleiben.

Mit **ethischen Normen der Experimentalmedizin** befaßte sich Anfang September 1968 eine internationale Konferenz von 48 Wissenschaftlern im Ökumenischen Institut zu Bossey bei Genf. Der beigeordnete Direktor des Instituts, der reformierte Theologe *H.-R. Weber*, Gast des Laienweltkongresses 1967 in Rom, stellte Einigkeit darüber fest, daß die Auswirkungen etwa der biomedizinischen Forschung, die bald die menschliche Erbsubstanz werde wahlweise verändern können, mindestens so brennende Probleme seien wie die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen oder die Drohung einer Vernichtung durch die Atombombe. Unter den Naturwissenschaftlern befanden sich auch Theologen, Philosophen und zwei Juristen. Die Konferenz war darüber besorgt, daß die Notwendigkeit einer ethischen Bewältigung der zweischneidigen Möglichkeiten moderner Medizin auf dem Gebiet der Organverpflanzung, der Molekularbiologie, der Humangenetik und der Hormonforschung weithin noch nicht gesehen werde, und viele Forscher äußerten sich beunruhigt über die ethischen Konsequenzen ihrer Ent-

deckungen, in der Erwartung, erhellende Erkenntnisse bei Theologen und Philosophen zu finden. Der katholische Mediziner *Edmund D. Pellegrino* (New York) warnte in einem Hauptreferat vor der Gefahr, daß die moderne Biologie zu sozialen Zwecken politisch mißbraucht werde. Dabei werde man sich kompromißbereit mit den „Rechten der Ungeborenen und kommender Generationen“ befassen müssen. Die Bestimmung der Ziele werde die persönliche Freiheit in einem noch nie dagewesenen Maße beeinträchtigen. Er nannte es furchterregend, daß bald die Gattung Mensch ihre eigene Weiterentwicklung selber lenken könne, und vertrat die Auffassung, daß die Vernichtung verschiedener Arten der psychologischen, pharmakologischen und elektronischen Manipulation, die einer Person ihre eigentliche Menschlichkeit nehmen würde, vorzuziehen sei. Die von dem amerikanischen Biochemiker und Krebsforscher geleitete Arbeitsgruppe I bejahte einstimmig das Recht und die Notwendigkeit der Medizin zur Fortführung ihrer Experimente mit und an Menschen, allerdings im Rahmen festzusetzender Grenzen. Es wurde empfohlen, dafür verbindliche Rechtsbestimmungen zu setzen. In der Arbeitsgruppe II wurde versucht, theologische Antworten auf die ethische Herausforderung der Experimentalmedizin zu geben, aber keine Übereinstimmung erzielt. Die Forscher bedauerten, daß die Theologen die Lage in der Regel zu optimistisch beurteilen (epd, 11. 9. 68).

„Das Sakrament als Bindeglied der getrennten Konfessionen“ war Thema einer Tagung von 43 Theologen der lutherischen, orthodoxen, presbyterianischen, reformierten und römisch-katholischen Kirchen aus 23 Ländern im Ökumenischen Institut des Lutherischen Weltbundes zu Straßburg Ende August 1968. Das Thema wurde in vier Sektionen erörtert, und zwar auf der Grundlage, daß Evangelium und Sakrament im weitesten Sinne miteinander verknüpft sind. Weitgehende Übereinstimmung herrschte darüber, daß Christus zugleich Mitte des Evangeliums und „Ursakrament“ sei. Besondere Aufmerksamkeit gebühre dem Wesen der Sakramente als „Symbol“ und „Zeichen“. Hilfreich erwies sich ein Rat von Prof. *A. Schmemann* (orth.), New York. Da westliches Denken „symbolisches Vorhandensein“ für etwas anderes halte als „wirkliche Gegenwart“, schlug er als Denkhilfe das orthodoxe Symbolverständnis vor: Symbol als Mitteilung einer tieferen Wahrheit, die in der „gefallenen Welt“ nicht anders dargestellt werden könne. Die Frage des gemeinsamen Abendmahles wurde ausführlich studiert, zumal die auffallende Tatsache dazu Anregung bot, daß — von den vielen heimlichen Interkommunionfeiern abgesehen — einige prominente ökumenische Gäste auf dem Eucharistischen Kongreß zu Bogotá auf ihr ausdrückliches Verlangen die Erlaubnis erhielten, die Kommunion gemeinsam mit ihren katholischen Brüdern empfangen zu dürfen. Aber die meisten Teilnehmer der Straßburger Konferenz blieben bei der Meinung, daß Interkommunion nur in der vollen Gemeinschaft zwischen Kirchen sinnvoll sei. Nur eine Minderheit vertrat das Recht auf freie Interkommunion über die kirchlichen Hindernisse hinweg. Alle Teilnehmer hielten ein Agapemahl nach neutestamentlichem Vorbild mit dem Friedenskuß untereinander (epd, 10. 9. 68).

Die jüngsten Unruhen in den baskischen Provinzen haben die bereits gespannten Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Spanien (vgl. HK 22, 244 und 401) erneut belastet. Nachdem in der Provinz Guipúzcoa von der Extremistengruppe ETA zwei Polizeibeamte ermordet worden waren, verhängte die Regierung für drei Monate den Ausnahmezustand (vgl. „ABC“, 6. 8. 68). Von der sich anschließenden Verhaftungswelle wurden auch Priester betroffen, die man der Kollaboration mit den Nationalisten beschuldigte. Über das Ausmaß der Verhaftungen lagen widersprüchliche Angaben vor. Die blutigen Opfer auf beiden Seiten haben die Stimmung verschärft. Dazu hat auch die Deportation der Verhafteten in entlegene Provinzen beigetragen. Unter Führung eines Juristen hat eine nationalistische Gruppe eine Petition an U Thant gesandt, in der die UN aufgefordert werden, zugunsten des baskischen Volkes zu intervenieren (vgl. NC News Service,

8. 8. 68). Gerüchte, der Papst habe sich persönlich für die Freilassung der Priester eingesetzt, konnten nicht bestätigt werden. Allerdings hat der päpstliche Nuntius Verhandlungen mit dem Provinzgouverneur geführt. Die Bischöfe von Bilbao und San Sebastián haben die Bevölkerung aufgefordert, weiteres Blutvergießen zu vermeiden (vgl. „Ya“, 3. 9. 68). Ein Hirten schreiben des Erzbischofs *L. Bereciartúa Balerdi* von San Sebastián, das am 1. September verlesen wurde, hat in der Presse einen (von der Regierung gelenkten) Sturm ausgelöst. Bereciartúa hatte behauptet, durch die Priesterverhaftungen und die Durchsuchung kirchlicher Gebäude habe die Regierung die Bestimmungen des Konkordats verletzt (vgl. „Ya“ und „ABC“ vom 3. 9. 68). Die Regierung weist darauf hin, daß das Konkordat selbst Ausnahmeregelungen vorsehe, diese seien gegeben, wenn Polizeibeamte ermordet würden. Die spanische Bischofskonferenz, die bislang die baskischen Ereignisse als regionale Angelegenheit betrachtet hatte, nahm schließlich in dem Sinne Stellung, daß eine Konkordatsverletzung nicht vorliege. — Zahlreiche baskische Priester sympathisieren mit den Ansprüchen ihrer Landsleute, da sich schließlich auch die Forderung nach einer Demokratisierung Spaniens mit der Bewegung in den baskischen Provinzen verbindet. Die extremistischen Unternehmungen der ETA, die wohl nur von einer Minorität getragen werden, können aber leicht mit den Wünschen der Basken insgesamt identifiziert werden. Ihre Ausschreitungen bieten der Zentralregierung stets eine Handhabe, um auch gegen berechnete Ansprüche einzuschreiten.

Zu der Feststellung, daß die Polygamie in Afrika im Rückgang begriffen sei, kommt „*Afrique nouvelle*“ (8./14. 9. 68) in einem anonymen Beitrag „*Propos sur la polygamie*“. Allerdings sei die Polygamie im Gesellschaftssystem Afrikas immer noch stark verwurzelt. Als Gründe dafür werden genannt die Tatsache, daß es sich dabei um eine sehr alte Institution handle sowie die Form der Selbstversorgungswirtschaft, wie sie früher in Afrika vorherrschte und auch heute noch stark verbreitet sei. In diesem System zwingt der Mangel an modernen Bebauungsmethoden zu einer Vergrößerung der Zahl der Arbeitskräfte, damit die Großfamilie erhalten werden kann. Hierin und nicht in einer besonders starken Sinnlichkeit des schwarzen Menschen liege in erster Linie der Grund für die Polygamie. Der Harem habe erst durch den Islam in Afrika Fuß gefaßt, und auch nur dort, wo dieser vorherrsche. Der Übergang zu moderneren Wirtschaftsmethoden allgemein, das System der Geldwirtschaft, die fortschreitende Alphabetisierung und Unterrichtung der Frau in Schulen, die wachsende Urbanisierung mit ihrer Tendenz zur Stammesauflösung, das neu aufkommende Eigenbewußtsein der afrikanischen Frau wirken sich gegen die Polygamie aus. So gut wie gelöst sei dieses Problem für die Christen der zweiten und dritten Generation, die sich, wie aus Umfragen hervorgehe, ganz klar für die Monogamie aussprechen. Die emanzipierte afrikanische Frau sehe in der Polygamie nur noch eine Art der Vorherrschaft des Mannes, welche für sie, die nach völliger Gleichberechtigung strebe, unannehmbar sei. Weiter zwingt die Urbanisierung geradezu zur Kleinfamilie. Unterbringung und Unterhalt auch nur einer zweiten Frau sowie Kindererziehung und Zukunftssicherung der Familie stellen den Ehemann vor schier unlösbare menschliche und finanzielle Probleme. Die zunehmende Schulbildung der afrikanischen Frau führe weiter dazu, daß sie selbstständig zum Unterhalt der Familie beitragen könne und damit zu einer gewissen Unabhängigkeit gelange. Sie werde nicht mehr versorgt, sondern vermag sich notfalls selbst zu versorgen. Damit aber wachse ihr Selbst- und Wertbewußtsein. Viele von ihnen vertreten heute schon eine, notfalls gesetzliche Abschaffung der Polygamie. Die 15- und 16jährigen befragten Mädchen höherer Schulen befürworteten, wie Umfragen ergeben hätten, übereinstimmend die Monogamie. Als Hauptargumente wurden dabei die Vorteile für die Kindererziehung genannt.

Eine Annäherung zwischen Kommunisten und katholischen Gruppen in Chile beobachtet die Nachrichtenagentur Noticias Aliadas (7. 9. 68). Die Äußerungen in den kommunistischen

Publikationen und die Stellungnahmen des Generalsekretärs der chilenischen KP, *L. Corvalán*, machen diese Tendenz deutlich. Im linken Flügel der Christdemokraten und in studentischen Kreisen findet das kommunistische Angebot ein positives Echo. Das gilt trotz der politischen und ideologischen Differenzen. Es sind bereits Verhandlungen über die Schaffung einer neuen Linken im Gange. Die Marxisten, heißt es in einem Leitartikel der kommunistischen Tageszeitung „*El Siglo*“, hätten großen Respekt vor jenen Katholiken, die sich weigerten, weiterhin die herrschenden Kreise zu unterstützen, weil sie dies als einen „Verrat an den Forderungen des Evangeliums“ empfänden. KP-Chef Corvalán bezeichnete die Schaffung einer vereinten Linken als möglich und unerlässlich. Bei allen Unterschieden könnten sich Kommunisten mit linken Christdemokraten und anderen katholischen Gruppen auf wichtige gemeinsame Ziele einigen. Der Prozeß der Annäherung werde zwar im Augenblick durch die Ereignisse in der CSSR behindert, könne aber nicht aufgehalten werden. Die Gruppe *Iglesia Joven* bezeichnete Corvalán als einen entscheidenden Faktor der Erneuerung der chilenischen Kirche. Die Kirche Lateinamerikas habe stets in weltlichen Dingen eine große Rolle gespielt. „Wir haben bisweilen die Kirche kritisiert, weil sie sich auf die Seite der Unterdrückten stellte. Wenn sie jedoch heute auf irgendeine Weise die Befreiung der Arbeiter erleichtert, dann werden wir ihr uns natürlich nicht entgegenstellen.“ Die Kommunisten streckten allen fortschrittlichen Katholiken die Hand entgegen. — Die Reaktionen der Katholiken auf dieses Angebot sind naturgemäß unterschiedlich. Der Studentenfürher *M. A. Solar*, Mitglied der *Iglesia Joven*, äußerte sich emphatisch: „Wenn uns die Kommunisten in unserem gerechten Kampf für die Rückkehr der Kirche auf den Weg des Evangeliums unterstützen, dann seien sie gesegnet.“

Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft FAO mit Sitz in Rom hat am 12. September ihren diesjährigen Bericht über die Welternährungslage veröffentlicht (*La Situation Mondiale de l'Alimentation et de l'Agriculture 1968*, FAO, Rom 1968). Wie aus den detaillierten, nach Ländern und Produkten aufgliederten Statistiken hervorgeht, zeigen die Ernteerträge von 1967 eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von etwa 3% auf Weltebene und zum Teil bis zu 6% in den Entwicklungsgebieten. Die Rückschläge infolge der schlechten Ernten der beiden vorhergehenden Jahre sind dadurch ausgeglichen. Jedoch erweitert sich die Produktionsrate pro Einwohner kaum. Sie ist besonders niedrig in Afrika und Lateinamerika. Für die Volksrepublik China sind keine Angaben verzeichnet. — Der Bericht nennt als Hauptursache für die günstigen Erträge von 1967 die meteorologischen Bedingungen. Auch die verstärkten Anstrengungen der Entwicklungsländer auf dem Agrarsektor nach den katastrophalen Ernteergebnissen von 1965 und 1966 machten sich bemerkbar. Die landwirt-

schaftlichen Produzenten der Entwicklungsgebiete könnten zunehmend für die neuen Anbaumethoden gewonnen werden. Man dürfe jetzt auf ein noch rascheres Wachstum der Produktion hoffen. Durch hochwertige Samenarten, Zuchtmethoden, Bewässerungsanlagen und Insektenbekämpfung ließen sich die Produktivität in den Entwicklungsländern noch steigern. Der Bericht nennt u. a. folgende Prioritäten, denen sich die FAO widmen will: Erweiterung der Getreideproduktion; Vermehrung der proteinhaltigen Nahrungsmittel, Verminderung der Vergeudung und Vernichtung von Nahrungsmitteln durch sachgerechte Konservierung; Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern. Der Generaldirektor der FAO, *A. H. Boerma*, schickt in seiner Einleitung voraus, daß zwar die Hoffnung auf eine Besserung in der Welternährungslage berechtigt sei, aber nur dann, wenn durch eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums auch das Verhältnis von Lebensmittelproduktion pro Einwohner verbessert werden könne. „Wenn die demographische Entwicklung uneingeschränkt weitergeht, können diese Hoffnungen auf ein Nichts reduziert werden.“ Diese Ansicht wird auch in der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen vertreten.

Die Pläne der Regierung von Ghana zur Verstaatlichung der katholischen Volks- und Mittelschulen hat in der Erzdiözese Cape Coast eine Protestreaktion ausgelöst (DIA, 6. 9. 68). Die katholischen Lehrkräfte haben der Regierung in Accra ein Memorandum zugeleitet, in dem sie zwar die Schaffung einer einheitlichen staatlichen Verwaltungsinstanz für Schulfragen begrüßen, gleichzeitig aber die geplante Verstaatlichung der katholischen Schulen als ungerechtfertigt ablehnen. Das kirchliche Schulwesen in den sieben autonomen Diözesen Ghanas, das von Generaldirektoren und einem koordinierenden Sekretär geführt wird, habe sich als erfolgreich erwiesen, so daß die zwangsweise Überführung unter die Distriktsverwaltung nicht begründet werden könne. Sie verweisen auch auf den Artikel 26 der Menschenrechtserklärung, nachdem die Wahl des Erziehungssystems primär ein Recht der Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten ist. Durch die geplante Maßnahme würde das Recht der Eltern als Bürger und als Steuerzahler untergraben; ein Referendum sei die geeignete Maßnahme, um den Schulkonflikt zu bereinigen. Ohne die Beziehung zu Gott blieben die ghanaische Kulturtradition, die Ethik und die christlichen Prinzipien als Bildungswerte sinnlos. Es sei auch nicht einzusehen, wie gerade eine Nationalisierung des Schulwesens angestrebt werden solle, ohne daß man vorher die Eltern darüber befragt. Deshalb bitten die unterzeichneten Lehrer die Regierung, den Plan erneut zu überdenken und das kirchliche Schulwesen bestehen zu lassen. Von den knapp 8 Millionen ghanaischen Staatsbürgern sind etwa 740 000 Katholiken und 700 000 Protestanten.

## Zeitschriftenschau

### Theologie und Religion

CONZELMANN, Hans. *Die Rechtfertigungslehre des Paulus. Theologie oder Anthropologie?* In: *Evangelische Theologie* Jhg. 28 Heft 8 (August 1968) S. 389—404.

Mit großer Präzision räumt Conzelmann mit dem Gerede — auch im Lutherischen Weltbund — auf, daß die Rechtfertigungslehre des Paulus nicht mehr zeitgemäß sei. Da das Theologumenon besonders unter Exegeten strittig ist und von der Alternative beherrscht wird, ob bei Paulus ein theologischer oder ein anthropologischer Ansatz vorliege, geht die Untersuchung von der Theologiegeschichte, besonders von Bultmann aus, um dann in eine exegetische Prüfung einzutreten. Der Beitrag der Form-

geschichte wird an zahlreichen Beispielen aus paulinischen Briefen geklärt. Es folgt eine Begriffsanalyse der *dikaioyne theou* mit einer motivgeschichtlichen Analyse, die herausstellt, daß die christologische Umwandlung des Begriffes der Schlüssel für den Sinn von *dikaioyne theou* ist, nämlich „Christus ist Gottes Gerechtigkeit“ — für die Glaubenden. Die heilsgeschichtliche Objektivierung wird am einzelnen verifiziert.

EXELER, Adolf. *Die angemessene Vermittlung neuer theologischer Erkenntnisse in der Erwachsenenbildung.* In: *Katechetische Blätter* Jhg. 93 Heft 8 (August 1968) S. 449—464.

Das Referat von der Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenenbildung in Freiburg (April 68) rollt

angesichts der theologischen „Revolution“, die im Bereich der Forschung schon zu einem *sensus communis* geführt habe, die schwierige Frage auf, wie die Erwachsenen zum Umdenken geführt werden können. Beschwichtigung und die Verbannung der Diskussion aus der Predigt, wie es die deutschen Bischöfe in ihrem Lehrschreiben vom September 67 gefordert haben, wird als unmöglich abgewiesen. Exeler legt fünf Thesen zur Diskussion vor, wie die Aufgabe gelöst werden könnte, um die Ganzheit des Glaubens zu erreichen und aus dem alten Glaubensschema des katholischen Immobilismus herauszuführen, die Prozeßhaftigkeit des theologischen Denkens plausibel zu machen, zur personalen Antwort des Glaubens auf Gottes Wort und zum selbständigen Denken zu führen. Vielleicht wird damit der Kreis der in Frage kommenden Erwachsenen zu eng gezogen.